

**Schriftliche Frage Nr. 341 vom 8. Juni 2023 von Herrn Mertes an Herrn Ministerpräsidenten Paasch zum Dachausbau des hinteren Teils des Ministeriumsgebäudes an der Gospertstraße 1<sup>1</sup>**

**Frage**

In Ihrer Regierungserklärung vom September 2022 kündigten Sie das Ende der Verbeamtung im öffentlichen Dienst an. Dazu einen generellen Einstellungsstopp, sowie den Verzicht auf Neueinstellungen für ausscheidendes Personal. Nur in begründeten Ausnahmefällen würden in Zukunft noch Mitarbeiter ersetzt.

Vor diesem Hintergrund erscheint es etwas sonderbar, dass ausgerechnet im Folgejahr dieser Bekanntmachung ein Großprojekt zum Dachausbau des hinteren Teils des Ministeriumsgebäudes im Infrastrukturplan ausgewiesen wird. Das Bauprojekt trägt die interne ID Nr. 4816 und ist unter dem Namen: "MDG – Dachausbau – Erweiterung von Büroarbeitsplätzen" registriert.

Die Projektkosten werden mit 2.500.000,00 Euro veranschlagt.<sup>2</sup>

Nachvollziehbar ist das nicht und wir stellen uns die Frage: Wieso bei einem generellen Einstellungsstopp eine Erweiterung von Büroarbeitsplätzen schaffen?

Auch wenn das Projekt bereits über einen längeren Zeitraum geplant wurde – denn es findet sich eine erste Erwähnung im Infrastrukturplan von 2021<sup>3</sup> – so erschließt sich uns nicht, wieso das Projekt nicht zumindest auf Eis gelegt wurde, angesichts der letztjährigen Entwicklungen.

In diesem Zusammenhang lauten meine Fragen an Sie wie folgt:

1. Welche Bestimmung sollen die geplanten Räumlichkeiten haben?
2. Insofern es sich tatsächlich um Büroräume handelt, wie viele Büroarbeitsplätze werden neu geschaffen?
3. Hat die Regierung dieses Bauprojekt bereits genehmigt?
4. Wenn ja, wurden die Arbeiten bereits ausgeschrieben? Wenn Nein, wann soll die Genehmigung erteilt werden?
5. Wann soll mit dem Bau begonnen werden und für wann ist die Fertigstellung geplant?
6. Werden zusätzlich zu den erwähnten Projektkosten von 2,5 Mio. Euro noch weitere Kosten für dieses Projekt veranschlagt?
7. Wie rechtfertigen Sie dieses Bauprojekt vor dem Hintergrund der von Ihnen wiederholt gemachten Ankündigungen, einen Einstellungsstopp im Ministerium vorzunehmen und auch pensionierte Mitarbeiter nur noch in gut begründeten Fällen zu ersetzen?
8. Bitte fügen Sie Ihrer Antwort, insofern schon vorhanden, eine 3D-Skizze des geplanten Projekts bei.

**Antwort, eingegangen am 12. Juli 2023**

Zu Frage 1:

Es handelt sich um eine Erweiterung des Daches, von Büroplätzen und Versammlungsräumen. Unter anderem kann ein kompletter Fachbereich im Anbau untergebracht werden.

Zu Frage 2:

Der Anbau wird Platz für 19 Büroplätze und Versammlungsräume bieten.

---

<sup>1</sup> Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

<sup>2</sup> Ostbelgienlive - Infrastrukturplan 2023 - [https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/finanzen/Infrastrukturplan\\_2023\\_RK.pdf](https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/finanzen/Infrastrukturplan_2023_RK.pdf)

<sup>3</sup> Ostbelgienlive - Infrastrukturplan aller Jahre - [https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/finanzen/Infrastrukturplan\\_aller\\_Jahre.pdf#page=14](https://ostbelgienlive.be/PortalData/2/Resources/downloads/finanzen/Infrastrukturplan_aller_Jahre.pdf#page=14)

Zu Frage 3:

Ja, da es im Infrastrukturplan festgehalten worden ist.

Zu Frage 4:

Die Arbeiten sind ausgeschrieben

Zu Frage 5:

Beginn der Arbeiten im Frühjahr '24

Zu Frage 6:

Nein

Zu Frage 7:

Die Regierung hat bereits mehrfach bestätigt, dass das Ministerium seit Verkündung des Einstellungsstopps im September 2022 kein einziges Einstellungsverfahren mehr durchgeführt hat. Da ausscheidendes Personal nicht ersetzt wird, werden, wie der Fragesteller richtig suggeriert, derzeit also Stellen abgebaut.

Wie dem Fragesteller jedoch bekannt ist, haben sich die Zuständigkeiten und Aufgabenbereiche der DG seit 2014 mehr als verdoppelt. Logischerweise wurden deshalb in der Vergangenheit (!) Mitarbeitende von anderen Dienststellungen übertragen bzw. eingestellt. Dadurch ist auch der Platzbedarf in den letzten Jahren (!) deutlich gestiegen.

Zunächst wurden die Räume in allen Liegenschaften platztechnisch neu organisiert und optimiert. Aus 2er-Büros wurden 3er oder sogar 4er-Büros. Außerdem mussten Zusätzliche Räume außerhalb des Ministeriums angemietet werden.

Zwischenzeitlich hatte die Pandemie die Auswirkungen auf den Platzbedarf durch Heimarbeit teilweise aufgefangen. Nach der Pandemie haben wir eine strukturelle Regelung für das Home Office eingeführt. Dadurch konnte der zusätzliche Platzbedarf dauerhaft eingegrenzt werden.

Nichtsdestotrotz ist die heutige Situation nicht mehr haltbar.

Heute arbeiten 3-4 Personen, manchmal sogar bis zu 7 Personen in Büros, die für max. 2 Arbeitsplätze ausgelegt waren.

Neben Büroplätzen sind auch Versammlungsräume und Begegnungsräume für den allgemeinen Austausch mit Kollegen wichtig. Dies geschieht im besten Fall proportional zu der Anzahl Mitarbeiter. Dies ist aktuell aber nicht mehr der Fall.

Auch muss die Gesundheit am Arbeitsplatz berücksichtigt werden.

Die Pandemie hat uns in Erinnerung gerufen, wie wichtig eine gutfunktionierende Lüftung ist.

Die heutige Belüftungstechnik entspricht angesichts der gestiegenen Personenanzahl bei weitem nicht mehr den gängigen Standards.

Des Weiteren ist das Ministerium auf Grund der Platzverhältnisse mittlerweile auf andere Standorte zur Miete ausgewichen.

Eine Zentralisierung an einem Standort ist für die inneren Abläufe wichtig, ebenso als Anlaufstelle für die Bürger.

Durch eine Zentralisierung können Kosten eingespart und Effizienzverluste vermieden werden.

Parkplätze, Empfang etc. müssen z.B. nicht gedoppelt werden. Mieten können eingespart werden.

Der Anbau wird zudem strenge Nachhaltigkeitskriterien erfüllen. Das macht das Projekt zwar zu Beginn teurer; zahlt sich aber mittelfristig aus. Außerdem müssen wir als öffentliche Hand die kommenden EU-Anforderungen erfüllen.

Zu Frage 8:  
Siehe Anlage